

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Vom "Rat der Weisen" zur Reflexionsgruppe

Am 14. Dezember 2007 hat der Europäische Rat eine unabhängige Reflexionsgruppe eingesetzt, die „dazu beitragen soll, dass die Union die Herausforderungen auf lange Sicht (Horizont 2020-2030) effizienter vorhersehen und bewältigen kann“. Die Leitung der Gruppe wurde dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Felipe González anvertraut. Er wird unterstützt von zwei Vizevorsitzenden, Lettlands ehemaliger Präsidentin Vaira Vike-Freiberga und dem früheren Nokia-Chef Jorma Ollila. Dem Gremium sollen insgesamt neun Persönlichkeiten angehören. Die Entscheidung ging auf den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy zurück, der einen Rat der Weisen angeregt hatte. Zusammensetzung und Aufgabenstellung der Reflexionsgruppe bleiben hinter den ursprünglichen Vorstellungen deutlich zurück.

In einer Rede zur Eröffnung der 15. Botschafterkonferenz in Paris vom 27. August 2007 hatte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy vorgeschlagen, „dass die 27 [Mitgliedstaaten] bis Ende dieses Jahres einen Ausschuss von zehn, zwölf hochrangigen Weisen einsetzen, nach dem Muster der Werner-, Davignon- und Westendorp-Ausschüsse oder des Delors-Ausschusses, um über eine zwar einfache, aber dennoch wesentliche Frage nachzudenken: ‚Wie soll Europa 2020-2030 aussehen und welche Aufgaben soll es haben?‘“.

Damit wollte der Staatspräsident an eine Tradition von Sachverständigengruppen anknüpfen, die durch ihre Vorschläge den Weg zur Währungsunion (Werner-Plan 1970, Delors-Bericht 1989) oder Vertiefung der Europäischen Union (Davignon-Bericht 1970, Westendorp-Gruppe 1995) geebnet hatten. Als einzige hatte sich die im Übrigen weniger bekannte Westendorp-Gruppe auch mit den Herausforderungen befasst, die 1996 für die Europäische Union aus der anstehenden Erweiterung entstanden. Dass der französische Staatspräsident diese Gruppe ausdrücklich erwähnte, wurde als Signal dafür verstanden, dass in den Beratungen des Rats der Weisen die Frage des Beitritts weiterer Länder zur EU erörtert werden sollte.

Präsident Sarkozy verknüpfte denn auch seinen Vorschlag für die Einrichtung einer solchen europäischen Expertengruppe mit seiner Zustimmung zur Fortführung von Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei, wobei er seine Ablehnung eines EU-Bei-

tritts der Türkei nochmals ausdrücklich bekräftigte.

Debatte um die Einrichtung

Der französische Vorschlag fand geteilte Aufnahme und stieß in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und beim Europäischen Parlament auf Kritik.

So lehnten Vertreter des Europäischen Parlaments die Idee eines Rats der Weisen als einen Rückfall in die Methode der 60er und 70er Jahre ab. In einer schriftlichen Erklärung erklärte der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Jo Leinen, dass weitreichende Entscheidungen über die Erweiterung oder Vertiefung der EU nicht von einem „elitären Zirkel hinter verschlossenen Türen ausgebrütet werden“ dürften. Der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt nahm die Argumentation auf, während sich die Europäische Kommission zunächst sehr ausweichend bzw. abweisend zum Vorschlag äußerte.

Am 12. Dezember 2007 beriet der Deutsche Bundestag über einen Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Einsetzung eines „Rates der Weisen“ zur Zukunft der EU. In dem Antrag wurde zum Projekt unter anderem ausgeführt, dass „zentrale Zukunftsfragen auf diese Weise intransparent hinter verschlossenen Türen und ohne demokratische Legitimation in engen Zirkeln geführt“ würden.

Andererseits hatte bereits am 7. September 2007 der britische Außenminister David Miliband

während eines Besuchs in der Türkei erklärt, dass er ein solches Gremium befürworte. Einige Tage später hatte Bundeskanzlerin Merkel bekanntgegeben, dass die Bundesregierung die Einrichtung eines EU-Berater-Gremiums ebenfalls unterstütze.

Zusammensetzung und Arbeitsbereich des Gremiums

Die Staats- und Regierungschefs setzten am 14. Dezember 2007 in Brüssel die Reflexionsgruppe ein, die so dieselbe Bezeichnung wie die Westendorp-Gruppe erhält. Es zeigte sich jedoch, dass die Debatte über die Einrichtung und über die Bestimmung der Aufgaben zu erheblichen Abweichungen gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag führte.

Der Gruppe werden nicht mehr als neun Mitglieder angehören, die EU-weit „auf der Grundlage ihrer Verdienste ausgewählt werden“. Den Vorsitz wird der ehemalige spanische Ministerpräsident González wahrnehmen, der von zwei Vizevorsitzenden, Lettlands ehemaliger Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga und dem früheren Nokia-Chef Jorma Ollila unterstützt wird. Der Vorsitzende und die Vizevorsitzenden sollen eine Namensliste vorlegen, die vom Europäischen Rat unter französischer Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008 zu prüfen sein wird. Insoweit unterscheidet sich die Zusammensetzung der Gruppe von der der Westendorp-Gruppe, zu der die Außenminister „persönliche Beauftragte“ ernannt hatten.

Der Europäische Rat hebt ausdrücklich hervor, dass „die Gruppe ihre Überlegungen innerhalb des vom Vertrag von Lissabon abgesteckten Rahmens anstellen wird. Daher wird sie keine institutionellen Fragen erörtern“. Sie soll auch weder die derzeitigen Politiken überprüfen noch sich mit dem Finanzrahmen der Union befassen, sondern insbesondere prüfen, „wie Stabilität und

Wohlstand in der Union und im weiteren Umfeld langfristig am ehesten erreicht werden können.“

Die Berliner Erklärung vom 25. März 2007 wird den allgemeinen Rahmen der Beratungen bilden. Zu den Herausforderungen, mit denen sich die Mitglieder des Gremiums befassen sollen, gehören unter anderem die Stärkung und Modernisierung des europäischen Modells wirtschaftlichen Erfolgs und sozialer Verantwortung, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Rechtsstaatlichkeit, die nachhaltige Entwicklung als fundamentale Zielsetzung der Europäischen Union, weltweite Stabilität, Fragen der Migration, Energie und Klimaschutz sowie die Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Terrorismus.

Entsprechend den Beschlüssen des Europäischen Rates wird die Reflexionsgruppe Konsultationen durchführen und für die Gestaltung ihrer Arbeiten selbst zuständig sein. Sie soll im 2. Semester 2008 endgültig vollzählig sein und dem Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni 2010 ihren Bericht vorlegen.

So wird das Gremium wohl hinter dem ursprünglichen Konzept zurückbleiben. Insbesondere wird seine Reflexion von der Frage einer Beitrittsperspektive der Türkei insoweit abgekoppelt, als weder Fragen der Erweiterung noch die seit langem diskutierten Fragen nach den Grenzen Europas ausdrücklich zu seinem Themenbereich gehören. Die Formulierungen des Europäischen Rates dürften jedoch auch Raum für eine leicht abweichende Interpretation lassen. Was die Verhandlungen der EU mit der Türkei angeht, so sind am 19. Dezember ohne Einwände Frankreichs zwei neue Kapitel (Verbraucherschutz und Verkehr) in den Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei geöffnet worden; allerdings war auf Wunsch Frankreichs die Bezeichnung der Verhandlungen geändert worden.

Quellen:

- Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zur Eröffnung der 15. Botschafterkonferenz, Paris, August 2007.
- Matthias Chardon, Dominik Hierlemann, Sarah Seeger, Den Weisen einen Rat, spotlight europe 200/07 vom Oktober 2007 noch zu der mittlerweile überholten Konzeption des Rates.
- Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gegen die Einsetzung eines „Rates der Weisen“ zur Zukunft der EU, BT-Drs. 16/7178, 14.11.2007
- Schriftliche Erklärung zur vorgeschlagenen Einsetzung eines Rates der Weisen, Nr. 0113/2007, PE399.545v01-00 eingereicht von Jo Leinen, Vural Öger und Marek Siwiec.
- Reflexionsgruppe statt Weisenrat, F.A.Z. vom 7.12.2007, S. 2.
- Wolfgang Wessels, Weder Vision noch Verhandlungspaket – der Bericht der Reflexionsgruppe im integrationspolitischen Trend, in: integration 1/96, S. 14-24 .
- A summit to nowhere, The Economist vom 22.12.2007, S. 48.
- EU: Sarkozys Rat der Weisen hat nicht viel zu sagen, in: Weltonline vom 9.12.2007.
- General Affairs and External Relations, Press release 16327/07 vom 10.12.2007 (provisional version), S. 9/10; Formulierung für EU-Beitritt sorgt für Unmut in der Türkei, euractiv vom 11.12.2007.
- http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/97683.pdf
- <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Europa/BerlinerErklaerung/berliner-erklaerung.html>

Edouard Michel, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-Mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de